



AM 20. MAI

# WÄHLT Sozialdemokraten

1	(Gesamtwahlzettel) Partei Deutschlands Dr. Brüning, Brüning, Brüning	1
2	2	2
3	3	3
4	4	4
5	5	5
6	6	6
7	7	7

Brock, Wilhelm ... GÖTTA  
 Rosenfeld, Kurt ... BERLIN  
 Frölich, August ... WEIMAR  
 Warm, Mathilde ... BERLIN  
 Dietrich, Georg ... ERFURT  
 Harman, Karl, EISENACH  
 Slemmon, August ... JENA  
 Neumann, Otto ... BERLIN  
 Mäder, Erich, ALTENBURG

# LISTE 1



Dirk Lau

# Wahlkämpfe der Weimarer Republik

Propaganda und Programme der politischen Parteien bei den Wahlen zum Deutschen Reichstag von 1924 bis 1930

**Gleiche Rechte - Gleiche Pflichten**

## Wählt sozialdemokratisch!

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS.



3. Auflage

Tectum

5	Deutschnationale Volkspartei Frensdorff - Brandt - Wickschill - Koll	5
5a	Radikaler Mittelstand Möller - Dr. Wickschill	5a
6a	Jahresheftgemeinschaft der Kleinrentner und Zulassungsgeldigen Pfla - Grottel - J. J. J. - J. J. J.	6a
7	Deutsche Volkspartei Dr. Wähler - Dr. Müller - Frau Göt - Müller	7
25	Kampfgemeinschaft der Weimarer Mäder - Werning - Göt	25
26	Haus- und Grundbesitzer (Das ist die Weimarer Steuerreform - Wähler - W.)	26
27	Kleinrentner, Jubiläumsgeld Dortriebsgeld W. - Müller - Göt	27
28	Deutsche Bauern (National-Republikaner) Göt - Müller	28

Dirk Lau

# **Wahlkämpfe der Weimarer Republik**



Dirk Lau

# **Wahlkämpfe der Weimarer Republik**

**Propaganda und Programme der politischen  
Parteien bei den Wahlen zum Deutschen  
Reichstag von 1924 bis 1930**

Tectum Verlag

Dirk Lau

Wahlkämpfe der Weimarer Republik. Propaganda und Programme der politischen Parteien bei den Wahlen zum Deutschen Reichstag von 1924 bis 1930

© Tectum – ein Verlag in der Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2018  
Zugl. Diss. Johannes Gutenberg-Universität Mainz 1995

E-Book: 978-3-8288-7193-9

(Dieser Titel ist zugleich als gedrucktes Werk unter der ISBN 978-3-8288-4203-8 im Tectum Verlag erschienen.)

Umschlagabbildungen: Plakat der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) zu den Wahlen zur Weimarer Nationalversammlung 1919; Bundesarchiv Bild 102-00394, Berlin, Wahlpropaganda zur Reichstagswahl (Mai 1924); Bundesarchiv Bild 102-00888, Berlin, Wahlwerbung für KPD (Dezember 1924); Wahlplakat der SPD (1928); Bundesarchiv Bild 102-10313, Reichstagswahl, Propagandawagen des Zentrums (August 1930); Bundesarchiv Bild 102-03497A, Berlin, Propaganda zur Reichstagswahl (Juli 1932); Bundesarchiv B 145 Bild-P046291, Berlin, Reichstagswahl, Wahlzettel (1932)

Alle Rechte vorbehalten

Besuchen Sie uns im Internet  
[www.tectum-verlag.de](http://www.tectum-verlag.de)

#### **Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Angaben sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

## Vorbemerkung

Sie waren eine dramatische und faszinierende Epoche – die 14 Jahre der deutschen Republik, deren Gründung in Weimar sich 2019 zum 100. Mal jährt. Was am 9. November 1918 als Aufbruch in die Demokratie und zu mehr politischer Mitbestimmung des Volkes begann, endete am 30. Januar 1933 in faschistischer Diktatur und nationalsozialistischem Terror. Zeitgenossen beschrieben den Weg dorthin – noch ganz im Banne der »Urkatastrophe« Erster Weltkrieg – als eine Abfolge unentwegter »Wahlschlachten«, als »Krieg der Parteien« um Meinungen und Macht auf einem politischen »Kriegsschauplatz«.

Die politischen Wahlen auf Gemeinde-, Länder- und Reichsebene wurden nach 1919 begleitet von Volksabstimmungen im Gefolge des Versailler Vertrags und Volkentscheiden wie jenen für die Fürstenenteignung 1926 oder gegen den Young-Plan 1929. Alle diese Wahlbewegungen elektrisierten die Menschen und die öffentliche Diskussion in einem Maße, das vor 1914 unbekannt war, als der politische Wettstreit trotz aller Demokratisierungstendenzen noch unter dem »obrigkeitsstaatlichen Deckel« gehalten wurde. Die Wahlkämpfe der politischen Parteien vor den vier Weimarer Reichstagswahlen am 4. Mai 1924, am 7. Dezember 1924, am 20. Mai 1928 und am 14. September 1930, deren Themen, Ablauf, Akteure und Folgen die vorliegende Arbeit untersucht, spiegeln die Phase der »relativen Stabilisierung« der Weimarer Republik wider. Mehr als die Wahlkämpfe zur Wahl der Nationalversammlung am 19. Januar 1919 und zum ersten Reichstag am 6. Juni 1920 oder die Wahlen zum Reichstag am 31. Juli 1932 sowie am 6. November 1932 und die – bereits unter antidemokratischen, faschistischen Bedingungen abgehaltene – Wahl am 5. März 1933 können sie Aufschluss geben, wenn die politische Kultur der Weimarer Republik anhand von reichsweiten Wahlbewegungen untersucht werden soll.

Bei der vorliegenden Darstellung der vier Reichstagswahlkämpfe von 1924 bis 1930 handelt es sich um den Nachdruck meiner Arbeit, mit der ich 1995 von der Johannes Gutenberg-Universität Mainz zum Dr. phil promoviert wurde. Der Text wurde für diese dritte Auflage inhaltlich nicht überarbeitet, sondern nur dem geänderten Druckformat angepasst.

Die Anregung, mich mit parteipolitischer Propaganda anlässlich von Reichstagswahlen der Weimarer Republik zu befassen, erhielt ich Ende der 1980er-Jahre in den Lehrveranstaltungen von Professor Peter Bucher, Archivdirektor am Bundesarchiv Koblenz, an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Nach dem unerwarteten Tod von Professor Bucher im August 1991 übernahm Professor Winfried Baumgart, Mainz, die Betreuung der vorliegenden Arbeit und unterstützte ihr Entstehen stets mit Rat und Tat, wofür ich ihm zu Dank verpflichtet bin.

Danken möchte ich auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der von mir besuchten Archive und Bibliotheken dafür, dass sie mir Zugang zu den Archivalien und Beständen gewährten. Für seine freundliche Bereitschaft, mir über seine Tätigkeit als technischer Wahlkampleiter der Weimarer Sozialdemokratie Auskunft zu geben, gebührt Fritz Heine (1904–2002) besonderer Dank.

Hamburg, Ende 2018

Dirk Lau

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung</b> .....	<b>11</b>
Kapitel 1: Historische Wahlkampfforschung und Weimarer Republik .....	13
Kapitel 2: Politische Kultur, Parteien und Wahlkämpfe im Deutschen Kaiserreich von 1871 bis 1914 .....	33
Kapitel 3: Zur politischen Kultur der Weimarer Republik: Parteien, Programme und Koalitionen .....	45
Geborene Oppositions- und klassische Staatspartei – Die Weimarer Sozialdemokraten .....	55
„Nationale Opposition“ – Die Deutschnationalen .....	60
„Auf dem Boden der gegebenen Tatsachen“ – Die katholischen Parteien .....	65
Revolutionäre Partei „im Wartestand“ – Das Dilemma der Weimarer Kommunisten .....	70
„Von roten Ketten macht euch frei, allein die Deutsche Volkspartei“ .....	73
Zwischen Reaktion und Revolution – Die Deutsche Demokratische Partei .....	76
Das Versprechen einer radikalen Systemalternative – Die Nationalsozialisten .....	79
<b>Erster Teil: Der Aufmarsch der Parteien zur Wahlschlacht</b> .....	<b>85</b>
Kapitel 4: Organisation und Ablauf der Reichstagswahlkämpfe .....	87
Der Wahlkampf zur Nationalversammlung im Winter 1918/19 .....	99
Der Reichstagswahlkampf vom Frühjahr 1920 .....	109
Die Wahlbewegung vom Frühjahr 1924 .....	117
Die Wahlbewegung vom Herbst 1924 und die Reichspräsidentenwahlkampf vom Frühjahr 1925 .....	129
Die Wahlbewegung vom Frühjahr 1928 .....	143
Die Wahlbewegung vom Sommer 1930 .....	158
Zusammenfassung .....	173



Kapitel 5: Der Wahlkampfstil der Weimarer Parteien .....	179
Versuche der Modernisierung liberaler Parteistrukturen .....	186
Zur Wahlkampfführung von DVP und DNVP .....	196
„Der Stimmzettel ist eure Macht“ – Weimarer Sozialdemokraten im Wahlkampf .....	210
„Wahlkampf ist Klassenkampf“ – Die Kommunisten .....	221
Für einen „sachlichen Kampf der Geister“ – Zur Wahlkampfführung des Zentrums .....	232
Zur Frage der Modernität der NSDAP-Propagandatechnik .....	240
„Der Krieg muss den Krieg ernähren“ – Die Wahlwerbekosten der Parteien .....	246
„An den Einen ... Und an Alle!“ – Zur sozialen Argumentation der Wahlpropaganda .....	260
Kapitel 6: „Waffen für den Wahlkampf“: Die Propagandamittel .....	275
Der „Kampf um die Straße“: Versammlungen, Demonstrationen und Revuen .....	283
Zeitungen, Plakate und Flugblätter im Zeichen der Bildpropaganda .....	295
Flugzeuge, Kraftfahrwagen und Fahrräder .....	317
Vom Grammophon zum Rundfunk: Die „Lautsprecher“ .....	323
Die neue „Großmacht Film“ .....	330
Symbol- und sonstige Wahlpropaganda .....	342
Zusammenfassung: Technisierung und Amerikanisierung der Wahlkämpfe im Zeichen der Massenmobilisierung .....	355
<b>Zweiter Teil: Die Wahlprogramme der Parteien .....</b>	<b>359</b>
Kapitel 7: Nationalismus in Zeiten der Krise – Der Reichstagswahlkampf vom Frühjahr 1924 .....	361
„Der Feind steht rechts!“ – Die SPD im Kampf gegen „innen- und außenpolitische Knechtschaft“ .....	364
„Wir wollen frei sein, wie die Väter waren!“ – Deutschnationaler Kampf gegen die „Novemberverbrecher“ .....	372
„Gegen die Politik der Verneinung“ – Das Zentrum .....	379
„Durch Opfer und Arbeit zur Freiheit“ – Die Deutsche Volkspartei .....	385
„Erfüllungspolitik ist Befreiungspolitik“ – Die Deutsche Demokratische Partei .....	392
Gegen den „neuen Versklavungsplan“ – Die „nationale“ Propaganda der Kommunisten .....	398
Abrechnung mit dem „Schwindelsystem“ – Nationalsozialistische Freiheitspartei .....	404
Sonstige Parteien .....	409

Wahlergebnis und Zusammenfassung . . . . .	414
<b>Kapitel 8: „Schwarz-weiß-rot“ gegen „Schwarz-rot-gold“ –</b>	
Der Reichstagswahlkampf vom Herbst 1924 . . . . .	421
„Für die schwarz-rot-goldene Republik!“ – Die Sozialdemokraten . . . . .	424
„Unsere Farben bleiben: Schwarz-weiß-rot!“ – Die Deutschnationale Volkspartei . . . . .	431
„Für Wahrheit, Recht und Freiheit!“ – Die „wahrhaft nationale“ Politik des Zentrums . . . . .	438
„Zerschlagt das Zuchthaus der Dawes-Banditen!“ – Der kommunistische Kampf für „Sowjetdeutschland“ . . . . .	444
Abgrenzungsversuche gegen den „Linksblock“ Die DVP-Parole von der „nationalen Realpolitik“ . . . . .	449
Für eine „nationale Politik der Mitte“ – Die Deutsche Demokratische Partei . . . . .	456
Gegen die „Versklavung durch die jüdischen Kapitalisten“ – Die National-Sozialistische Freiheitsbewegung . . . . .	462
Sonstige Parteien . . . . .	467
Wahlergebnis und Zusammenfassung . . . . .	472
<b>Kapitel 9: Bürgerblock oder „soziale Republik“ – Der Reichstagswahlkampf vom Frühjahr 1928 . . . . .</b>	<b>477</b>
„Schluss mit dieser Bürgerblockwirtschaft!“ – Die Sozialdemokraten kämpfen für die „soziale Republik“ . . . . .	480
Die „gekündigte Regierungspartei“ – Rückkehr der Deutschnationalen zur alten Anti-„System“-Parole . . . . .	487
Das Zentrum als „christliche Volkspartei“ gegen „kulturkämpferischen Sozialliberalismus“ . . . . .	496
„Im Geiste Bismarcks und Hindenburgs mit Stresemann für's Neue Reich“ – Die Deutsche Volkspartei . . . . .	502
Kommunistische „Einheitsfront aller Ausgebeuteten“ gegen die kapitalistische „Ebert-Hindenburg-Republik“ . . . . .	508
Kampf der Demokraten für eine „klare republikanische Mehrheit“ . . . . .	515
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung) . . . . .	521
Sonstige Parteien . . . . .	527
Wahlergebnis und Zusammenfassung . . . . .	532
<b>Kapitel 10: „Interessentenhaufen oder Staatsvolk?“ – Der Reichstagswahlkampf vom Sommer 1930 . . . . .</b>	<b>539</b>

„Gegen Bürgerblock, Hakenkreuz und Sowjetstern“ – Sozialdemokratischer Abwehrkampf im Zeichen der Krise .....	544
„Ein Mann – Eine Bewegung – Ein Programm“ – Hugenberg, „Führer“-Wahlkampf .....	552
Gouvernementaler „Führer“-Wahlkampf des Zentrums: Brüning, der „neue starke Mann für Deutschlands Rettung“ .....	560
Der kommunistische Abwehrkampf gegen die „Sozial- und Nationalfaschisten Young-Deutschlands“ .....	568
„Mit Hindenburg für Deutschlands Rettung“ – Die Deutsche Volkspartei sucht die „breite Front der nationalen Mitte“ .....	576
Der jungdeutsche Erneuerungsversuch der Demokraten: „Keinen Parteienstaat! Darum Staatspartei!“ .....	583
Weg mit der „Youngrepublik“ des „alten Deutschlands“ – Das nationalsozialistische „Nein zum heutigen System“ .....	591
Sonstige Parteien .....	597
Wahlergebnis und Zusammenfassung .....	605
Zusammenfassung und Ergebnisse .....	613
Anhang .....	639
Quellen- und Literaturverzeichnis .....	639
Personenregister .....	696
Abkürzungsverzeichnis .....	699
Anmerkungen .....	701

# Einleitung



## Kapitel 1

# Historische Wahlkampfforschung und Weimarer Republik

Politisch-kulturelle Deutungen und Diskurse werden als konstitutive Bestandteile der historischen Wirklichkeit und somit auch als ein eigenständiger Forschungsbereich der Geschichtswissenschaft betrachtet. Mittlerweile ist anerkannt, dass es die Erforschung politischer Kulturen nicht nur mit isolierten Meinungsprofilen und Werthaltungen bestimmter Eliten, sondern mit „grundlegenden Vorstellungen über die Welt der Politik und damit verknüpften operativen Normen“ zu tun hat, die sich insgesamt als „das mit spezifischem Sinn gefüllte ideelle Design eines Kollektivs für sein politisches Leben“ begreifen lassen. Unbestritten ist auch, dass sich die politische Kultur einer demokratischen und medienbewussten Gesellschaft in der öffentlichen und veröffentlichten Meinung beziehungsweise in den Stellungnahmen von politischen Parteien widerspiegelt. Das von der amerikanischen Politikwissenschaft in den 1960er-Jahren entwickelte Analysekonzept „Politische Kultur“ bietet sich dabei trotz Kritik an seiner empirischen Unzuverlässigkeit als „feuilletonistisch anmutendes Zugangsmittel historischer Forschung an, denn es gestattet, die Verarbeitung von Geschichte und Politik zu beschreiben“<sup>2</sup>.

Eine Arbeit, die im Rahmen des von Klaus Megerle geleiteten Berliner Forschungsprojektes zur politischen Kultur der Weimarer Republik entstand, definiert politische Kultur als das „umfassende System politischer Vorstellungen“, das „in seiner Struktur auf dem Wege der Verarbeitung politischer Erfahrungen die Struktur der objektiven politischen Bedingungen reproduziert und gleichzeitig die politische Praxis ihrer Teilhaber strukturiert“<sup>3</sup>. Zentrale These des Forschungsprojektes ist, dass für die politische Kultur der Weimarer Republik eine ausgepräg-

te Fragmentierung konstitutiv gewesen sei. Nach 1918 habe sich in Deutschland keine einheitliche politische Nationalkultur herausgebildet, sondern sei die Gesellschaft gespalten geblieben in sich vielmehr noch verfestigende Teilkulturen mit je spezifischen Denk- und Handlungsmustern. Im Unterschied zum wilhelminischen oder später zum nationalsozialistischen Deutschland besaß die aus der Kriegsniederlage und der Revolution geborene Weimarer Republik kaum Rückhalt bei großen gesellschaftlichen Gruppen<sup>4</sup>.

Die Einordnung der vorliegenden Arbeit in die historische politische Kulturforschung liegt nahe. Gerade in Wahlkampfzeiten lassen sich „anhand von programmatischen Offerten, Werbemitteln und -methoden in exemplarischer Weise Strategien der Politikvermittlung zwischen der Führungsebene und dem Bürger studieren“<sup>5</sup>. Wahlkämpfe können auch in der historischen Betrachtung als „sinnfälligster Ausdruck von politischer Kultur [gelten], da sie Aufschluss über ideologische und interessenpolitische Fragen, über Kräftekonstellationen, das Verhältnis der Parteien zueinander und über ihre Stellung zum Gesamtsystem geben“<sup>6</sup>. Von einer Untersuchung der Identifikations- und Abgrenzungsstrategien der Parteien im Reichstagswahlkampf vom Frühjahr 1924 versprechen sich die Historiker Elfi Bendikat und Detlef Lehnert einen relevanten Erkenntnisgewinn. Sie beschränken ihre Aussagen auf jene politischen Teilkulturen, „die unmittelbar um eine kandidierende Partei gruppiert waren und zugleich in der öffentlichen Meinung mit repräsentativen Publikationsorganen auftraten“<sup>7</sup>. Anhand der Weimarer Reichstagswahlkämpfe kann, so die Ausgangsüberlegung der vorliegenden Arbeit, die Fragmentierung der politischen Kultur der Weimarer Republik wie in einem Brennspeigel festgestellt werden.

Der Stellenwert von Wahlkämpfen innerhalb eines politischen Systems ist abhängig von dessen verfassungs- und wahlrechtlicher Struktur. Als Teil der Öffentlichkeit sind sie wichtige Ereignisse der politischen Massenkommunikation, denen eine große Bedeutung bezüglich Meinungsbildender Deutungs- und Handlungsmuster in demokratischen Staaten zukommt. Moderne Wahlkämpfe sind Zeiten verschärfter Auseinandersetzung von Parteien um die Zustimmung der Bevölkerung und politische Macht. Sie sind periodisch wiederkehrende Phasen erhöhter Politikvermittlung (von Seiten der Parteien) sowie der Politikwahrnehmung (von Seiten des Wählers)<sup>8</sup>. Jede Arbeit über Wahlkämpfe muss in Rechnung stellen, dass es sich um Ausnahmesituationen des politischen

Kampfes handelt, nicht zuletzt deshalb schon, weil die Machtstellung der Parteien zur Disposition steht. Der dadurch erhöhte Konkurrenzdruck fördert wiederum die Emotionalisierung der politischen Auseinandersetzung und damit geradezu zwangsläufig das Auftreten von Irrationalismen<sup>9</sup>.

Die Wahlforschung stellt einen „Kernbereich politischer Kultur demokratisch verfasster Systeme“<sup>10</sup> dar. Abgesehen von der Motivationsforschung, die für die Geschichtswissenschaft uninteressant sei, da sie erst mit den Mitteln der modernen Demoskopie Sinn mache, geht Peter Steinbach von drei Typen der historischen Wahlforschung aus: der Wahlkampfbeschreibung und -analyse, der wahlstatistischen Untersuchung sowie dem sozial-ökologischen Ansatz. Hinsichtlich der Weimarer Zeit liege der Eigenwert von Wahlkampfbeschreibungen nicht zuletzt darin, dass der Historiker etwa bei Analysen des nationalsozialistischen Wählerpotenzials nach 1929 „viel weniger auf Vermutungen angewiesen wäre, wenn wir etwa den Wahlkampf nicht nur der NSDAP, sondern aller bürgerlichen und sozialistischen Parteien überblicken können“<sup>11</sup>. Unbestritten ist, „dass nur mithilfe der historischen Wahlforschung Fragen eines Zusammenhanges zwischen sozialem Wandel, gesellschaftlicher Demokratisierung und einer Formverwandlung der politischen Stile – von der Honoratiorenpolitik zur parteiengeprägten Fundamentalpolitisierung – anschaulich und vergleichsweise schlüssig beantwortet werden können“<sup>12</sup>.

Daran anknüpfend, fordert der Wahlforscher Thomas Kühne die Untersuchung historischer Wahlkämpfe ausdrücklich in einem breiten politisch-kulturellen Kontext. So fasst Kühne unter den Begriff „Wahlkultur“ diejenigen Arbeiten zusammen, „die nicht so sehr nach dem ‚Warum‘ der Wahlentscheidungen (also ihren im weiteren Sinne soziologischen Motiven und Gründen) fragen, als vielmehr auf das ‚Wie‘ der Wahlkonflikte, auf die ihnen und ihrer Austragung zugrunde liegenden Konflikt- und Konfliktlösungsmuster abheben“<sup>13</sup>. Im Zentrum der Erforschung von Wahlkulturen stehe also „die Frage nach dem bewussten oder unbewussten Konflikt- und Konsensverhalten der konkurrierenden Kräfte, Parteien, Kandidaten. Hierher gehören auch die Muster, nach denen Wahlthemen besetzt, Feindbilder inhaltlich aufgebaut und Konflikte kultiviert oder ritualisiert werden“<sup>14</sup>.

Jede Orientierung historischer Wahlforschung ist mit gleichartigen Problemen konfrontiert, die sich aus der Material- und Datenlage ergeben. Weil für die Zeit der Weimarer Republik repräsentative Individual-



daten fehlen, warnt gerade die wahlsoziologische Forschung bei der Präsentation ihrer Ergebnisse vor so genannten ökologischen Fehlschlüssen, das heißt dem einfachen Schluss von der Gebiets- auf die individuelle Wählerebene<sup>15</sup>. Der Zusammenhang und die Verknüpfung von Mikro- und Makroebene, das heißt der möglichst plausiblen Verbindung von Einzeldaten und gesamtgesellschaftlichen Aussagen, stellt allerdings ein zentrales Problem der historischen Wahlforschung sowie jeder politischen Kulturforschung dar<sup>16</sup>. Zu beachten ist der Einwand von Karl Rohe, den dieser in Bezug auf Peter Steinbachs dreibändige Geschichte über Wahlkämpfe der so genannten Reichsgründungsära 1867/71 bis 1881 formulierte, welche die „politischen Vorstellungen, Ziele und Kooperationsmöglichkeiten der verschiedenen politischen Bewegungen“<sup>17</sup> untersuchen will. So interessant dieser Versuch sei, „über eine Auswertung von Wahlkampfargumentation und veröffentlichter Meinung Vorstellungsmuster und Interessen einer breiten Wählerschaft und deren Wandel in der Zeit zu erschließen, so notwendig ist es freilich zu betonen, dass wesentliche lebensweltliche Determinanten des Wahlverhaltens über die Analyse öffentlicher Medien in aller Regel nicht fassbar sind“<sup>18</sup>. Dagegen zählen Lehnert und Megerle gerade zu den Konstitutionsbedingungen historisch-politischer Kultur, dass diese „in veröffentlichter Meinung nicht als Durchschnittswert regionaler Messdaten hervortritt, sondern bevorzugt über die gesellschaftlichen Metropolen definiert werden kann“<sup>19</sup>. Außer den für den Ansatz der Wahlkampfbeschreibung aus nationaler Perspektive vorbildlichen Studien des britischen Nuffield-College will Steinbach die von dem amerikanischen Historiker Stein Rokkan aktualisierte Modernisierungstheorie in den Kontext der Wahlanalyse stellen, insofern Veränderungen der politischen Strukturen im Medium der Wahlkämpfe sichtbar würden<sup>20</sup>.

Die Analyse von Wahlkampfgehalten aus nationaler Perspektive kann nur Sinn machen, wenn angenommen wird, dass trotz aller regionaler Differenzierung ein reichsweit gültiger, milieubedingter, sozialmoralischer Konsens zumindest innerhalb der jeweiligen politischen Teilkulturen existierte. Wäre dieser nicht vorhanden, würden sich die divergierenden Elemente voneinander lösen, wie es etwa im Falle des bayerischen Zentrums oder der Abspaltung der KPD von der Sozialdemokratie nach 1918 geschah. Soziokulturelle lokale Sonderfaktoren sowie Fragen der binnennationalen Mentalitäts- und Verhaltensunterschiede – etwa zwischen dem Südwesten Deutschlands, Großstädten wie Hamburg und

dem ostelbischen Gebiet – lassen sich in der vorliegenden Arbeit nur streifen. Sie richtet vielmehr sowohl hinsichtlich der Fragestellung als auch der zugrunde gelegten Quellen den Blick „von oben“ auf die Reichstagswahlkämpfe der Weimarer Republik. So bedeutsam das Gewicht der regionalen Verhältnissen und so prägend soziostrukturelle Sonderfaktoren vor Ort auch gewesen sein mögen: Die hier gewählte Methode bietet den „Vorteil, die Relevanz einzelner Fragen erkennen und durch die übergreifende Perspektive Großtrends aufzeigen zu können“<sup>21</sup>.

Grundsätzliche Aussage von regionalspezifischen Arbeiten über Wahlkämpfe und Wahlen der Weimarer Zeit – zumeist basierend auf einer Auswertung der lokalen Presse – ist zudem, dass sich die Reichstagswahlkämpfe in dem betreffenden Gebiet nur wenig von den Vorgängen in anderen Teilen Deutschlands unterschieden haben. Auch Elfi Bendikat und Detlef Lehnert stellen in Bezug auf den Reichstagswahlkampf vom Frühjahr 1924 bei der Kontrolle möglicher Regionaleffekte „keine erwähnenswerten Nuancierungen“ hinsichtlich der Propagandainhalte innerhalb der jeweiligen politischen Teilkulturen fest<sup>22</sup>.

In den Wahlkampfrichtlinien der Weimarer Parteizentralen finden sich freilich immer wieder Hinweise, wie die Propaganda unter Berücksichtigung der spezifischen regionalen und lokalen Verhältnissen zu gestalten sei. Immerhin legten die zentralen Parteiaufrufe wesentliche inhaltliche Akzente fest und ließen sich auf das Reich bezogen „für die gesamte Wahlagitation bestimmte Richtlinien aufstellen, die bei der Agitation mit Rücksicht auf die inner- und außenpolitische Entwicklung nicht außer acht gelassen werden dürfen“<sup>23</sup>. Betrachtet man die **regionale Differenzierung in Reichstagswahlkämpfen**, so ist die Sonderstellung kaum zu übersehen, die Berlin innerhalb der politisch-kulturellen Landschaft der Weimarer Republik einnahm. Die Propaganda und das Organisationsleben der Weimarer Parteien orientierten sich in starkem Maß an den Verhältnissen in der Reichshauptstadt, ein Umstand, der auch bei der inhaltlichen Analyse ihrer Wahlpropaganda stets mitgedacht werden muss. Gerade in Wahlzeiten stand der „Kampf um Berlin“ im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses, nicht zuletzt weil, so der *Vorwärts*, es auch in einer Demokratie nicht gleichgültig sei, „wie die Hauptstadt fühlt und denkt“. Ihr „politisches Fluidum“ wirke sich unmittelbar auf die hier ansässigen Reichsbehörden und Parlamente aus, so dass die Stellungnahme der hauptstädtischen Bevölkerung nicht selten indirekt die politischen Entscheidungen beeinflusse: „Wenn die große Wahl-

schlacht [vom 4. Mai 1924] geschlagen ist, wird die erste Frage Deutschlands und des Auslandes lauten: ‚Wie hat Berlin gewählt?‘<sup>24</sup>.

Es ließe sich bei der hohen Kontinuität, die das deutsche Parteiensystem im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik bewies, vermuten, dass auch die Wahlkämpfe keinem wesentlichen Stil- und Methodenwandel unterlagen<sup>25</sup>. Ein Leitmotiv der vorliegenden Arbeit bildet daher der Frage, ob und wie sich in den relativen Stabilisierungsjahren nach 1924 die Erscheinungsformen sowie der politische Stellenwert der Wahlkämpfe qualitativ veränderten haben. Während ihr Ausgang für die tatsächliche Politik mehr und mehr bedeutungslos wurde, gilt in Bezug auf die Spätphase der Weimarer Republik das Wort von Hans Mommsen, dass Wahlkämpfe zu bloßen Anlässen herabsanken, „um den Privatarmeen von links und rechts Gelegenheit zu verschaffen, ihre potenzielle Macht unter Beweis zu stellen“<sup>26</sup>. Für die Wahlen des Jahres 1932 reklamiert Mommsen daher einen neuen Wahlkampfstil, bei dem „die programmatischen Aussagen der Parteien gegenüber plakativen und pauschalen Polemiken“ zurücktraten<sup>27</sup>.

Hervorstechendster äußerer Unterschied zwischen heutigen Wahlkämpfen und denen der Weimarer Zeit ist vielleicht die Verlagerung des Geschehens von der Straße auf den häuslichen Fernseh Bildschirm. Gerhard Paul spricht für die Zeit nach 1918 von einer „Funktionalisierung der Straße als öffentlichem politischem Kommunikationsraum“ vor allem durch die aufblühende Bildpropaganda: „Wahlkämpfe wurden zu Plakatschlachten, in denen eine nie zuvor und nie wieder in der deutschen Geschichte erreichte, äußerst differenzierte politische Bildersprache entstand, die politische Deutungen von Vergangenheit und Gegenwart, Zukunftsängste und Utopien, in publikumswirksame, parteispezifische ikonische Zeichen, Symbole und Parolen transformierte“<sup>28</sup>. Reichstagswahlkämpfe drängten das sonstige politische Leben der Weimarer Republik völlig in den Hintergrund – bis hin zu einer „Art Stillstand der Staatsgeschäfte“<sup>29</sup>.

In neuerer Zeit geraten Wahlkämpfe und ihre Inhalte, die bislang hauptsächlich im Rahmen der Parteiengeschichtsschreibung behandelt wurden, stärker ins Blickfeld der historischen Wahlforschung. In dem guten Forschungsstand der Parteiengeschichte des Deutschen Kaiserreichs sowie immer mehr auch der Weimarer Republik ist jedoch ebenso wenig ein Ersatz für die Wahlkampfhistoriographie zu sehen wie in der regionalen Wahlhistorie<sup>30</sup>. Die von Peter Steinbach sowie einigen

amerikanischen Historikern belebte Forschung zur Wahlpolitik im Kaiserreich konzentriert sich auf die inhaltlichen Seiten der Reichstagswahlkämpfe, auf die Themen und Programme sowie auf die Feind- und Selbstbilder der Parteien. Zentrale, übergeordnete Fragestellungen gelten der Fundamentalpolitisierung der Bevölkerung und der Nationalisierung der deutschen Politik.

Die vergleichende Studie von Elfi Bendikat über nationale Wahlkämpfe in Deutschland, Frankreich und England am Ende des 19. Jahrhunderts richtet dagegen ihr Hauptaugenmerk auf die Politikstile der Parteien. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass die Wahlwerbung in den drei Ländern durch die wachsende Konkurrenz auf dem „politischen Massenmarkt“ strukturell ähnliche Agitationsstrategien annahm. Die deutschen Parteien zeichneten sich dabei im internationalen Vergleich „durch eine besonders ausgeprägte Bereitschaft zur sozialen und politischen Selbstbildpflege, durch eine besondere multifrontale Konfliktorientierung und Reduktionsneigung sowie durch den aggressiven Einsatz ideologischer Stereotypen“ aus<sup>31</sup>. Nimmt man zu den Arbeiten von Steinbach und Bendikat noch die ältere Monographie von George Dunlap Crothers, der bereits 1947 eine „study of chances in public sentiment with regard to certain ‚national‘ questions and policies“ vorlegte<sup>32</sup>, und die Arbeit von Jürgen Bertram über die Reichstagswahl von 1907 beziehungsweise 1912 sowie die Studie von Brett Fairbairn über die von 1898 und 1903 hinzu, lässt sich sagen, dass für das Kaiserreich die von Steinbach geforderten „nationalen Messlatten“ vorliegen, anhand derer mögliche Regionaleffekte in den Reichstagswahlkämpfen festgestellt werden können<sup>33</sup>.

Für die Zeit der Weimarer Republik – immerhin „einer der am besten erforschten Abschnitte der deutschen Geschichte“<sup>34</sup> – existieren dagegen bislang keine vergleichbaren Forschungen. Die Reichstagswahlkämpfe nach 1918 werden in den allgemein- beziehungsweise parteiengeschichtlichen Darstellungen bislang nur beiläufig behandelt, hauptsächlich unter sich zum Teil überlappenden Gesichtspunkten wie dem der Brutalisierung von Politik oder der Frage nach politischer Gewalt sowie in Arbeiten zur Parteipropaganda. Abgesehen von Studien mit regionalem beziehungsweise lokalem Schwerpunkt – stellvertretend für die ältere Forschung sei die Dissertation von Günther Mick über Wahlen in der Stadt Trier zwischen 1918 und 1933 genannt –, kann sich eine Untersuchung der Reichstagswahlkämpfe von 1924 bis 1930 auf keine spezifischen und systematischen Vorarbeiten stützen, obwohl die Ge-

schichte der Weimarer Republik mitunter als eine Geschichte permanenter Wahlkämpfe und speziell ihre letzten Jahre als eine „endlose Kampagne“ beschrieben werden<sup>35</sup>. Zu Recht sprechen Elfi Bendikat und Detlef Lehnert von einer „Vernachlässigung der Weimarer Reichstagswahlen als politikhistorische Quelle der kollektiven Mentalitäten“. Dies sei „um so erstaunlicher, als im konkurrenzdemokratischen Werben um die Stimmen auf dem ‚politischen Massenmarkt‘ geradezu idealtypisch“ die Interdependenz der verschiedenen Ebenen eines Forschungsansatzes zur Politischen Kultur sichtbar werde<sup>36</sup>.

Auch die nationalsozialistischen Wahlkämpfe wurden bislang trotz einiger Teilstudien noch nicht einer qualitativen Interpretation unter politisch-kulturellen Aspekten unterzogen. Auf der Basis von Aufsätzen, Denkschriften und Rundschreiben und Propagandamedien sowie vor allem der Plakate stellt Gerhard Paul immerhin die visuellen Deutungs- und Agitationsmuster dar, die das „Drehbuch der wichtigsten Wahlkämpfe der NSDAP“ von 1928 bis 1933 bestimmten<sup>37</sup>. Ein Manko der vorliegenden Arbeiten zu Parteien und Wahlen in der Weimarer Republik ist aber, dass sie entweder hinsichtlich der Zahl der untersuchten Parteien oder eben regional eingegrenzt sind. Schon nur ganz allgemeine Informationen über die Wahlkampfpropaganda etwa der liberalen und katholischen Parteien, geschweige denn der zahlreichen Weimarer Klein- und Interessenparteien, aus der Literatur erhalten zu wollen, erweist sich als langwierige Sucharbeit oder ist von vornherein aussichtslos. Eine neuere Darstellung zur Politik des Zentrums in den Jahren von 1924 bis 1930 schenkt allerdings der Wahlkampfpraxis der Partei ausdrücklich große Beachtung<sup>38</sup>.

Abgesehen von zwei älteren amerikanischen Dissertationen über die Reichstagswahl von 1928 beziehungsweise 1930<sup>39</sup> ist die bislang einzige Spezialstudie, die einen Reichstagswahlkampf in der Weimarer Republik aus nationaler Perspektive analysiert, der bereits zitierte Aufsatz von Elfi Bendikat und Detlef Lehnert, der 1990 im Rahmen des Berliner Forschungsprojektes zur politischen Kultur der Weimarer Republik erschien. Im Unterschied zur regionalspezifisch oder lokalhistorisch orientierten Wahl- und Parteienforschung untersuchen sie den Reichstagswahlkampf vor dem 4. Mai 1924 explizit hinsichtlich politisch-kultureller Fragestellungen. Nach einer einführenden Skizze der politischen Rahmenbedingungen 1923/24 behandelt ihre Studie die „zentralen Themenfeldern des Selbstverständnisses und der Auseinandersetzungen von parteipoliti-

schen Teilkulturen“, wobei tagespolitische Einzelaspekte gegenüber den „grundsätzlichen Wertorientierungen, Leit- und Feindbildern“ der Parteien in den Hintergrund gerückt werden. Besondere Abschnitte gelten den zentralen Wahlaufrufen, den außen- und innenpolitischen Grundsatzkonflikten, dem Einsatz von politischen Stereotypen und Feindbildern – das „ideologische und soziale Profil der Parteiargumentation“ –, während am Schluss des mit Wahlplakaten, politischen Karikaturen und Zeitungsausschnitten illustrierten Aufsatzes der sich bereits im Frühjahr 1924 ankündigende „Weg zum ‚negativen Konsens‘ der antirepublikanischen Sammlung“ beschrieben wird<sup>40</sup>.

Abseits solcher theoriebewegter Forschung zur historisch-politischen Kultur wurden jüngst zwei Bonner Dissertationen veröffentlicht, welche ebenfalls die Wahlkampfpropaganda der Weimarer Parteien zum Gegenstand haben. Florian Stadel geht quellenmäßig ähnliche Wege wie Bendikat und Lehnert, indem er die Reichstagswahlen von 1930 und 1932 sowie die Wahl zum preußischen Landtag 1932 im Spiegel der richtungspolitischen überregionalen Tageszeitungen beschreibt. Allerdings will er die „Eigenheiten der einzelnen Blätter, ihre jeweilige Argumentationsführung [...] in ihrer ganzen Subjektivität“ mehr oder weniger unkommentiert stehen lassen<sup>41</sup>. Peter Staatz wiederum sieht seine Hauptaufgabe darin, „darzulegen, wie die Parteien [des Kreises Düren bei Köln] selbst sich dem Wähler präsentierten, mit welcher Propaganda die Parteien an die Wähler herantraten“<sup>42</sup>. Jedes Kapitel der von ihm untersuchten Reichs- und Landtagswahlen von 1918 bis 1933 schildert sowohl den Wahlkampfablauf, die regionalspezifischen Parolen jeder Parteien sowie ihre jeweiligen Hauptgegner und Zielgruppen.

In der vorliegenden Arbeit werden die Reichstagswahlkämpfe in der Weimarer Republik während der Phase der relativen Stabilisierung von 1924 bis 1930 dargestellt und hinsichtlich der oben angesprochenen Fragestellungen analysiert. Weder kann eine quantifizierende Wahlergebnisanalyse noch eine Wirkungsanalyse der Propagandamedien, noch ein Beitrag zur Erklärung des Wählerverhaltens geleistet werden. Im Anschluss an die Wahlkampfhistoriographie gilt das Hauptaugenmerk vielmehr der Frage, ob sich in den untersuchten Reichstagswahlkämpfen politische Deutungs- und Handlungsmuster über die Grenzen der wichtigsten Parteien beziehungsweise Teilkulturen hinweg als durchschlagend erweisen konnten.

Zwischen 1924 und 1930 akkumulierte sich das politische Widerspruchspotenzial, an dem die Weimarer Republik Anfang der 1930er-Jahre scheiterte. Mit Michael Stürmer lässt sich behaupten, dass die Mittelphase für historisch-politische Untersuchungen dadurch an Bedeutung gewinnt, dass hier bei Abwesenheit gravierender äußerer Druck- oder Störfaktoren die Eigengesetzlichkeit der politischen Gestalt der Republik – ebenso wie auf kulturellem Gebiet – stärker hervortrat als in der vergleichsweise besser erforschten Anfangs- oder Endphase<sup>43</sup>. Zu Recht betont die Weimar-Forschung heute allerdings die Scheinstabilität während der „goldenen 20er-Jahre“. Was die Jahre zwischen 1924 und 1930 hervorhebt, war ein Rückgang der akuten Bedrohung im Innern, etwa durch extremistische Umsturzversuche, und von außen, etwa durch Sanktionsmaßnahmen der Alliierten. Nicht zuletzt aber die Wirtschaft war während des Jahrfünfts nach dem Krisenjahr 1923, das die extreme Zuspitzung von durchgängigen Weimarer Problemlagen gebracht hatte, alles andere als stabil: „Ein Blick auf die Innenpolitik der Jahre 1924 bis 1930 zeigt ein höchst uneinheitliches Bild von Stabilisierungsbemühungen und Obstruktion, von Ansätzen republikanischer Legitimität und von Verächtlichmachung der neuen Ordnung um jeden Preis, von der Suche nach Mechanismen politischer Entscheidungsfindung zwischen Verfassungskonstruktion, Wählerwillen und manipulativer Öffnung des Weges in einen anderen Staat“<sup>44</sup>.

Die Darstellung und Analyse der Propaganda sowie der Programme der politischen Parteien für die Wahlen zum Deutschen Reichstag am 4. Mai 1924, am 7. Dezember 1924, am 20. Mai 1928 und am 14. September 1930 geschieht in erster Linie auf der Grundlage archivalischer Quellen sowie zweitens der überregionalen Tages- und Parteipresse. Da aus der Weimarer Zeit weder Meinungsumfragen noch demoskopische Datensätze vorliegen, ist die historische Wahlkampfforschung wesentlich auf solche publizistischen Quellen angewiesen, die „von im weitesten Sinne Deutungsexperten – Journalisten, Politikern, Schriftstellern – produziert wurden, weswegen von den Eigenschaften des analysierten Materials nicht umstandslos auf die politischen Vorstellungen des Publikums geschlossen werden kann“<sup>45</sup>.

Die vorliegende Arbeit besteht aus zwei gleichberechtigten Hauptteilen, in denen verkürzt gesagt einmal die technische und zweitens die inhaltliche Seite der Reichstagswahlkämpfe beleuchtet wird. Quellenbasis für den zweiten Teil bildet das oft als „Graue Literatur“ der politischen

Werbung bezeichnete propagandistische Schriftgut, im wesentlichen knapp 1600 thematisch verschiedene Wahlflugblätter der Weimarer Parteien. Bei diesen handelt es sich keineswegs um die Zahl aller damals produzierten „fliegenden Blätter“, sondern nur um die heute in den großen staatlichen Archiven Deutschlands überlieferten Stücke. Da der Grad der Repräsentativität von Wahlflugblättern der Weimarer Parteien nicht mehr festzustellen ist, musste versucht werden, die Validität der Aussagen durch die Breite der Materialbasis zu sichern. Zurückgegriffen wurde im Wesentlichen auf die umfangreichen Bestände des Bundesarchivs in Koblenz und Potsdam, der Bibliothek für Zeitgeschichte in Stuttgart sowie der Parteiarchive, vor allem dem Bonner Archiv der sozialen Demokratie und dem Archiv für Christlich-Demokratische Politik in Sankt Augustin<sup>46</sup>.

Zu beachten ist, dass ein großer Teil der Flugblätter anlässlich von Reichstagswahlen auf regionaler und lokaler Parteiebene hergestellt und auch redaktionell verantwortet wurde. In den Archiven finden sich die Wahlflugblätter meist bunt durcheinander gewürfelt und weder nach Ort, Datum oder Parteiinstanz beziehungsweise -bezirk geordnet. Es blieben aber nur solche Flugblätter in der vorliegenden Arbeit unberücksichtigt, die einen deutlich erkennbaren Bezug auf ausschließlich örtlich interessante Sachverhalte aufwiesen. Bei ihnen bildete die Reichstagswahl oft nur den äußeren Aufhänger zur Vermittlung lokalspezifischer Themen.

Bezüglich der zweiten Hauptquellengruppe, der überregionalen Tages- und Parteipresse, ist anzumerken, dass der Presseberichterstattung als historische Quelle lange Zeit in der Historikerzunft skeptisch begegnet wurde. Doch waren die Tageszeitungen innerhalb der Weimarer Publizistik nicht nur die „führenden politischen Nachrichten-Übermittler“<sup>47</sup>, sondern auch ein in heute kaum mehr vorstellbarem Ausmaß genutztes Forum direkter parteipolitischer Propaganda. Gerade für die historische Wahlkampfforschung bilden sie daher eine wichtige Quellengruppe. Die Tagespresse kann geradezu als das Medium gelten, durch das „die ‚Meinungen in der Öffentlichkeit‘ zur ‚öffentlichen Meinung‘“ wurden, „zumindest in Formierungsbereichen nationaler politischer Kultur“<sup>48</sup>.

Die Untersuchung der organisatorischen Seite von Wahlkämpfen leidet wie die Weimarer Parteiengeschichte generell unter dem Verlust unmittelbarer Parteiakten auf allen Ebenen<sup>49</sup>. Anhand der wenigen überlieferten Rundschreiben der Parteiführungen sowie vor allem der Berichterstattung in der überregionalen Tages- und Richtungspresse wird



zunächst schwerpunktmäßig für jede Wahl neben den wichtigsten Daten auch die allgemeine Wahlkampfatmosphäre unter spezieller Berücksichtigung des Faktors der politischen Gewalt rekonstruiert. Dann wird dem Verhältnis der einzelnen Weimarer Parteien zur Institution Wahlkampf nachgegangen und werden Beispiele ihrer konkreten Wahlkampforganisation gegeben. Dabei stehen Fragen der Finanzierung, des unterschiedlichen Wahlkampfstils und der Wahlkampfplanung der Parteien im Vordergrund. Ein weiteres Kapitel beschäftigt sich mit dem Spektrum und der praktischen Bedeutung von einzelnen Propagandamitteln und -methoden der Parteien. Die Abschnitte des zweiten Hauptteils sind nach einem einheitlichen Schema aufgebaut, wonach zunächst die Vorgeschichte der Wahl unter spezieller Berücksichtigung etwaiger Tendenzen bei den vorangegangenen Landtags- und Regionalwahlen skizziert wird. Dann folgt jeweils die inhaltsanalytische Darstellung der Wahlprogramme der Parteien im Spiegel ihrer Flugblattpropaganda. Die Reihenfolge richtet sich nach der Stimmenstärke bei der letzten Wahl, sodass die SPD stets zuerst behandelt wird, gefolgt von der DNVP, der zwischen 1924 und 1930 zweitstärksten Weimarer Partei. Jeder Abschnitt zu einer Partei ist thematisch untergliedert nach den Aspekten ihrer allgemeinen Wahlziele – unter besonderer Berücksichtigung koalitionspolitischer Bündnisoptionen – und Hauptthemen, der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner, der wichtigsten Selbst- und Feindbildern sowie schließlich den Hauptadressaten in der Wählerschaft beziehungsweise der Zielgruppenwerbung. Zum Schluss folgt jeweils eine knappe Darstellung des Wahlergebnisses, der wichtigsten Wählerbewegungen und Reaktionen auf die Wahl sowie eine Bewertung des Wahlkampfes.

Als **Wahlprogramm** wird das gesamte ideologische und soziale Profil der Parteiargumentation bezeichnet, für die wiederum der Einsatz von politischen Stereotypen und Topoi charakteristisch ist. Gegenüber dem offiziellen Parteitagsprogramm, das den Kompromiss eines längeren Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses zwischen den Parteiflügeln darstellt und längerfristige, stärker dogmatische Ziele präsentiert, geben Wahlprogramme unmittelbarer und punktueller die Einstellungen und Strategien der Parteien wieder und sind aufgrund ihres Werbecharakters mit größerer Rücksicht auf Stimmungen in der Bevölkerung formuliert. Wie die längerfristig angelegten Parteiprogramme dienen Wahlprogramme aber auch dem innerparteilichen Frieden. Sie können anderswo fest geschriebene Ziele konkretisieren sowie taktisch oder zeit-

lich begrenzte Wendungen im Parteiverhalten dokumentieren. Obwohl die opportunistischen Versprechungen der Parteien ihren Programmen oft den Charakter von Warenhauskatalogen geben, sind Wechselwirkungen zwischen ihnen und den Werthaltungen und Deutungsmustern in der Bevölkerung eklatant. Bestes Beispiel hierfür ist das Erfurter Programm der SPD von 1891, das nicht nur das „Denken zumindest zweier Generationen von Sozialdemokraten nachhaltig geprägt und die Identität der Partei über eine lange Dauer“ geformt, sondern auch „die Ängste und Ressentiments großer Teile der neuen Mittelschichten, des alten Mittelstandes und der Bauern gesteigert und verfestigt“ hat<sup>50</sup>.

Wahlprogramme ergaben sich aus der Summe verstreuter Stellungnahmen der Parteien während der Wahlzeit, vor allem aber aus den Aufrufen der Berliner Parteiführungen und den sonstigen publizistischen Kundgebungen sowie den Versamlungsreden. Letztere sind allerdings nur im Ausnahmefall gedruckt worden und bleiben deshalb in der vorliegenden Arbeit unberücksichtigt. Während Quellengruppen wie etwa die Polizeiberichte von Versamlungen der Parteien aufgrund ihrer vom Thema wegführenden Entstehungsintention nicht herangezogen wurden, können auch die ausgewerteten Wahlkampfmaterialien der Parteien ebenso wie etwa Parlamentsdebatten oder biographische Zeugnisse keinen Anspruch auf Repräsentativität im Sinne von Umfragen erheben. Die Tagebücher oder Erinnerungen von Weimarer Parteipolitikern eignen sich allenfalls, um den Wahlkampf als öffentliches Spektakel zu begreifen. Wenig informativ ist etwa das Tagebuch von Joseph Goebbels, der meist nur selbstmitleidig über die persönlichen Strapazen der Wahlkämpfe reflektiert. Die Parteigeschichte von Werner Stephan, der als Generalsekretär der DDP bis 1929 an führender Position das Wahlkampfmanagement seiner Partei gestaltete, stellt allerdings eine für die vorliegende Arbeit interessante Ausnahme dar, insofern sie detailliert die parteiinterne Willensbildung sowie Kandidatenkämpfe vor den Wahlen zu schildern weiß. Prägnante Stimmungsbilder lassen sich nicht zuletzt der umfangreichen zeitgeschichtlichen Literatur entnehmen, deren herausragende Vertreter wie Oskar Maria Graf oder Alfred Döblin immer wieder auf das Thema Wahlkampf zu sprechen kommen.

Aus der **Weimarer Presselandschaft** hat sich ein Kanon von überregionalen Tageszeitungen herauskristallisiert, der als repräsentativ für die wichtigsten politischen Teilkulturen gelten kann. Im Zeitraum von ungefähr drei Monaten vor jeder Reichstagswahl wurden daher für die

DDP die ihr nahe stehenden und in Berlin erscheinenden, aber überregional beachteten Zeitungen *Berliner Tageblatt* und *Vossische Zeitung* ausgewertet, die mit Auflagen von bis zu 300 000 beziehungsweise 80 000 Stück eine zentrale Stellung im liberalen Pressespektrum der 1920er-Jahre einnahmen. Beide erschienen zweimal täglich, sonntags und montags jedoch nur einmal, von der *Vossischen* gab es ab Dezember 1924 zudem eine tägliche Reichsausgabe<sup>51</sup>. Die *Frankfurter Zeitung* bildete mit etwa 150 000 Kopien das „traditionelle Organ der außerpreußischen Demokraten“, das statt der ursprünglich drei täglichen Ausgaben ab August 1930 infolge von Sparmaßnahmen des Verlages nur noch mit einer Reichsausgabe in einer Auflage von 80 000 Stück erschien<sup>52</sup>. Als offizielles Sprachrohr der in Berlin sitzenden Parteiführung und vor allem der Reichstagsfraktion des Zentrums konnte die Tageszeitung *Germania* gelten. Da sie großen Einfluss auf die reichspolitische Linie der katholischen Partei ausübte<sup>53</sup>, wurde sie deren anderen Organen hier vorgezogen, auch wenn das Zentrum seine Hauptstützpunkte eher im Westen des Reiches sowie vor allem im Rheinland besaß. Die *Deutsche Allgemeine Zeitung* wurde ausgewertet, um das in den maßgeblichen Industrie- und Wirtschaftskreisen lange Zeit tonangebende Segment der politischen Kultur der Weimarer Republik einzubeziehen. Als Nachfolgerin der halboffiziellen *Norddeutschen Allgemeinen Zeitung* des Kaiserreiches nahm sie meist den Standpunkt des rechten schwerindustriellen Flügels der DVP ein, der grundsätzlich mehr zur DNVP als zur bürgerlichen Mitte tendierte. Vor Wahlen enthielt sich das Blatt, das 1927 durch Vermittlung von Stresemann in den Besitz eines Konsortiums von Ruhrindustriellen und Berliner Großbanken übergang, weit gehend der direkten parteipolitischen Agitation, rief aber stets unmissverständlich gegen die „rote Gefahr“ auf<sup>54</sup>. Um die offizielle Politik der DVP abzubilden, wurde zusätzlich das Parteiorgan *Nationalliberale Correspondenz* herangezogen.

Die antirepublikanische, aber gouvernemental gesinnte Rechte der Weimarer Republik besaß ihre publizistische Plattform in der *Neuen Preussischen (Kreuz-) Zeitung*, die bis zu den Parteispaltungen 1929/30 linientreues Sprachrohr der DNVP war, danach aber auf Distanz zur neuen Hugenberg-Führung ging. Der *Völkische Beobachter*, seit 1920 das Organ der Münchener Reichsleitung der NSDAP, konnte sich von einer minimalen Auflage um 2 500 im Jahr 1923 auf gut 128 000 Exemplare im Jahr 1931 steigern. Als bedeutendstes „politisches Führungsmittel“ der Hitlerpartei, von dem seit 1927 eine zusätzliche Reichsausgabe erschien,

musste ihn jeder Parteifunktionär abonnieren<sup>55</sup>. Neben Leitartikeln, welche die politische Linie der KPD erläuterten, enthielt deren in Berlin erscheinendes Zentralorgan *Rote Fahne* auch eine Vielzahl von Berichten über Massenaktionen der Partei, vor allem aus Berlin, ihrer mit Abstand wichtigsten Hochburg. Obwohl die Auflage der *Roten Fahne* bis 1932 auf 130 000 Exemplare stieg, besaß sie wie die gesamte Presse der KPD nur eine schwache Außenresonanz, sondern in erster Linie ein milieuspezifisches Publikum<sup>56</sup>. Als Mitgliederblatt und bedeutendste Tageszeitung der SPD wurde schließlich deren Berliner Zentralorgan *Vorwärts* ausgewertet<sup>57</sup>.

Während über historisch genetisch verwandte Medien wie den öffentlichen „Maueranschlägen“ beziehungsweise Plakaten, die sich als eigenständige Gattung von Bild-Text-Quellen erst im 19. Jahrhundert herausbildeten<sup>58</sup>, eine ganze Reihe von wissenschaftlichen Arbeiten und Editionen vorliegt, führen **Flugblätter** in der Geschichtsschreibung immer noch ein Schattendasein. Obwohl ihre Bedeutung als publizistisches Massenkommunikationsmittel in den Epochen vor dem Internet- und Fernsehzeitalter kaum unterschätzt werden kann<sup>59</sup>, hat sich dies bislang noch in keiner systematischen Untersuchung über diese Quellengruppe niedergeschlagen. Lediglich das „illustrierte Flugblatt“ der Reformations- und Barockzeit, sowie die spezielle Gruppe der Kriegsflugblätter erfreuen sich größeren Interesses. Dem Weimarer Zeitgenossen galten die Flugblätter hingegen als wichtigste Träger des „Werbefeldzuges“, den die Parteien zur Wahl der Nationalversammlung 1919 organisierten: „Die Zeiten hochgespannter Erregung sind stets ein günstiger Boden für diese Art der Ideenverbreitung gewesen. Die Menschen sind lesehungriger denn je. Sie wittern Sensation, hinter jedem Zettelverteiler. Aber die Technik des Flugblatts will auch erlernt sein“<sup>60</sup>. In den millionenfach aufgelegten Flugblättern, der nach 1918 wichtigsten Kleinform argumentativer politischer Werbung, und sonstigem Propagandaschriftgut wurde das eigentliche Programm der Parteien anlässlich von Wahlen sichtbar<sup>61</sup>. Mit Frank Kämpfer kann daher zu Recht behauptet werden, dass die Wahlkämpfe der Weimarer Republik erst mithilfe der unzähligen Flugblätter und Plakate als darstellbar werden, „was sie wirklich gewesen sind, als leidenschaftliches Ringen um den richtigen Weg aus der Krise“<sup>62</sup>.

Grundsätzlich können Flugblatt und Flugschrift<sup>63</sup> als synonyme Bezeichnungen für eine Gruppe von Bild-Text-Quellen aufgefasst werden, die sich in erster Linie durch publikationstechnische, intentionalistische

und sprachstilistische Eigentümlichkeiten von anderen publizistischen Medien unterscheiden. Stets zu bedenken ist die Formenvielfalt des Flugblatts, die vom einfachen losen Blatt bis hin zur mehrseitigen Blätterfolge, vom bloßen Ankündigungszettel bis hin zum ausformulierten Programm reichen konnte. Der äußeren Form nach handelt es sich um ein- oder beidseitig bedruckte Papierblätter, die ein- oder mehrfach gefaltet, mitunter geheftet und sowohl schriftliche als auch bildliche Elemente beinhaltend, gedruckt, gestempelt, hektographiert oder handgeschrieben sein sowie in hoher Auflage oder in wenigen Exemplaren erscheinen können. Eine wichtige gattungstypische Eigenschaft der modernen politischen Flugblätter hängt mit ihrer vergleichsweise einfachen, schnellen und billigen Herstellungsweise zusammen, durch die sie sich in besonderem Maße als Kommunikationsmittel in Zeiten der gesellschaftlichen Krise oder in Phasen verschärfter politischer Auseinandersetzung wie eben vor Wahlen empfehlen. Neben den publikationstechnischen Merkmalen lassen sich Flugblätter aber auch durch innere Gestaltungsprinzipien und Formelemente von anderen publizistischen Schriftquellen abgrenzen. Die zumindest teilweise immer vorhandenen Komponenten des Flugblattes sind der Text, der die wichtigsten Aussagen enthält, die Adresse oder Parole, die den Empfänger oder die Zielgruppe nennt und meistens appellativen Schlagzeilencharakter besitzt, aber auch in Frageform auftreten, fett gedruckt sowohl visueller Blickfang als auch das Konzentrat der Aussage sein kann, sowie der mitunter verdeckte Sender beziehungsweise Verfasser. Bilder, Zeichnungen und Symbole gehören in ihren vielfältigen stilistischen Erscheinungsformen der Grafik, Malerei und Fotografie neben den Farben zu den wichtigsten Mitteln der Flugblattgestaltung, die das Interesse des Adressaten zu wecken und fesseln vermögen. Gerade für die organisierte Arbeiterbewegung mussten Flugblätter als „erste Form der sozialdemokratischen Literatur“, so ein Ausspruch Lenins, klar umrissenen Anforderungen genügen: Prägnanz im Ausdruck, sprachliche Ökonomie und Volkstümlichkeit, Leserlichkeit und Verständlichkeit bildeten elementare Voraussetzungen für ihre Wirkung<sup>64</sup>.

Wenn auch berühmte Flugschriften wie das „Manifest der Kommunistischen Partei“ oder die von Rosa Luxemburg verfassten „Junius-Briefe“ ihrer Intention nach auch für die Nachwelt geschrieben wurden, sind politische Flugblätter zumal in ihrer massenhaften Verbreitungsform kaum anders als schriftliche Überreste zu klassifizieren<sup>65</sup>. Ihre Überlie-

ferung vollzieht sich bis in die Gegenwart hinein meist zufällig und verstreut auf zahlreiche staatliche oder private Sammlungen. Von der „Zettelflut“ vergangener Wahlkämpfe ist heute nur noch ein Bruchteil erhalten. Doch hat die unsystematische Überlieferungslage wenig Einfluss auf den Wert des politischen Flugblattes als Quelle für den Historiker. Er ist vor allem wie angesprochen in der Regulativfunktion dieses publizistischen Mittels zu sehen, in dem sich neben etablierten und ständigen Medieneinrichtungen der „öffentlichen Meinung“ im weitesten Sinne des Wortes eine Art gesellschaftlicher Gegenöffentlichkeit artikulieren kann<sup>66</sup>.

Da es die vorliegende Arbeit in starkem Maße mit sprachlich-argumentativen Stereotypen von politischen Flugblättern zu tun hat, erscheint es sinnvoll, das eng damit verbundene **Phänomen „Propaganda“** begrifflich einzugrenzen<sup>67</sup>. Ausgehend von der kommunikationstheoretischen Standardsituation mit Sender, Medium und Empfänger erscheint Propaganda als der Versuch, die Deutungs- und Handlungsmuster eines Empfängers durch die des Senders mithilfe verschiedener Medien zu beeinflussen, zu ändern oder im Extremfall sogar zu ersetzen. Im Anschluss an die moderne Theorie der politischen Sprache kann Propaganda als Manipulation mit dem Ziel der Beherrschung der öffentlichen Meinung und der Erringung von politischer Macht beschrieben werden. Darüber hinaus bezeichnet der Begriff in der vorliegenden Arbeit das Repertoire an Werbemitteln und -methoden, das in der politischen Parteienwerbung zur Verbreitung von Ideen und Programmen sowie zur Mobilisierung von Anhängern beziehungsweise Wählern eingesetzt wird.

Empirisch nachprüfbar und allgemeingültige Aussagen über die Wirkung von Propagandamedien sind allerdings selbst bei dem heutigen Stand der Massenkommunikations- und Meinungsforschung nur sehr beschränkt möglich. Alles in allem darf es in Bezug auf die Wirkung von politischer Propaganda als sicher gelten, dass ihre Rezeption in entscheidendem Maße von den äußeren sozialen Rahmenbedingungen und politischen Stimmungen im Wahlvolk abhängig ist. Psychologische, politische und wirtschaftliche Spannungen werden zweifelsohne die Bereitschaft der Konsumenten erhöhen, einem propagandistischen Appell – welcher Art auch immer – Interesse zu schenken. Bei Wahlflugblättern muss wie bei allen zeitgeschichtlichen Propagandaquellen zudem das Bestreben des Produzenten in Rechnung gestellt werden, eine Identität des Adressaten mit seinen Zielen dadurch herzustellen, dass er sich des-